

FUSIONEN

„Schaun wir mal“

Viag-Chef Wilhelm Simson, 60, über die geplatze Fusion mit dem Schweizer Algroup-Konzern

SPIEGEL: Noch im November feierten Sie den geplanten Zusammenschluß mit der Schweizer Algroup als „Quantensprung“. Nun folgt der Absturz. Sind Sie enttäuscht?

Simson: Natürlich, weil mein Herzblut an dem Projekt hängt. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß der Deal viel Sinn gemacht hätte. Wir hätten, ohne eigenes Geld einzusetzen, ein Unternehmen mit erstklassigen Perspektiven bekommen ...

SPIEGEL: ... und dann scheitert der Plan an zweieinhalb Prozent, die Sie den Algroup-Aktionären abknapsen wollten?

Simson: Das Problem lag woanders. Mit der ursprünglich geplanten Bewertungsquote von 65 zu 35 hätten wir nicht vor unsere Aktionäre treten können, nachdem die Wirtschaftsprüfer den Anteil zugunsten der Viag erhöht hatten.

SPIEGEL: Warum haben Sie nicht einfach die Telekommunikation ausgegliedert?

Simson: Dann hätten wir auch unseren Energieversorger Bayernwerk rausnehmen müssen, der die Anlaufverluste bei der Viag-Interkom abdeckt. Dann aber hätten die Schweizer dominiert.

SPIEGEL: Ist der Quotenstreit nicht vorgeschoben? Branchenkenner sagen, Sie wollten verhindern, daß die Schweizer wichtige Schlüsselpositionen besetzen.

Simson: Einspruch! In der Fusionsvereinbarung stand, daß der Aufsichtsratschef aus der Schweiz kommt, wenn der



Simson

Vorstandschef ein Deutscher ist und umgekehrt. Auch im Aufsichtsrat hätten wir die Mehrheit gestellt.

SPIEGEL: Die Fusion sollte Ihre Industriesparte stärken, die nur rund ein Drittel zum Gewinn beisteuert. Suchen Sie jetzt nach einem neuen Partner?

Simson: Wir stärken schon jetzt unsere Industriesparte, indem wir gezielt Firmen zukaufen und uns von schwachen Bereichen trennen. Da machen wir weiter, und dann schauen wir mal.

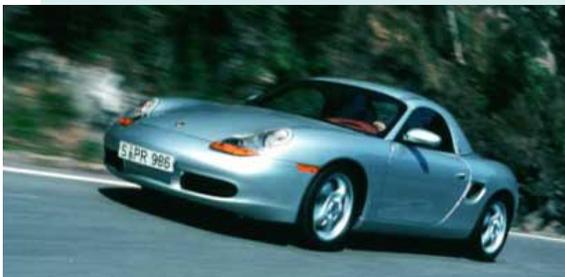
SPIEGEL: Vor einigen Monaten haben Sie gewarnt, auch die DaimlerChrysler-Fusion berge enorme Risiken. Nun sind Sie selbst gescheitert. Was hat Daimler-Chef Jürgen Schrempp besser gemacht?

Simson: Schrempp hat jedem etwas versprochen, wir dagegen haben zwei Vorständen gesagt, daß in der neuen Führung kein Platz mehr für sie ist und auch andere Probleme gleich zu Anfang gelöst. Das steht den DaimlerChrysler-Managern erst noch bevor.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Porsche vorn

Voller Stolz legten Jürgen Schrempp und Robert Eaton vorigen Mittwoch die erste Jahresbilanz von DaimlerChrysler in Stuttgart vor. Mit einer Umsatzrendite nach Steuern von 3,66 Prozent reicht der Megakonzern aber längst nicht an die Vorlage der Lokalkonkurrenz aus Zuffenhausen heran: Die kleine Porsche AG, die gern darauf verweist, daß sie keinerlei Subventionen erhält, schaffte mit ihrem letzten Jahresergebnis eine Rendite von 5,62 Prozent – und liegt



Porsche-Boxter

damit auch international vor Ford (4,16 Prozent), General Motors (1,83 Prozent) und Volkswagen (1,67 Prozent) an der Spitze. Wenig Glanz dagegen in München, wo der neue BMW-Chef Joachim Milberg am vergangenen Dienstag die Zahlen seines Vorgängers Bernd Pischetsrieder präsentierte: Mit einer Rendite von 1,43 Prozent bilden die Bayern das Schlußlicht.

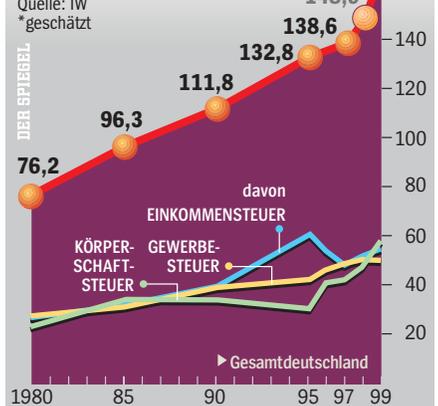
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Steuersenkung verschieben?

Die unabhängige Kommission des Bonner Finanzministeriums bezweifelt, daß die Bundesregierung die Unternehmensteuern schon zum 1. Januar 2000 auf 35 Prozent senken kann. Die Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung halten nur einen Satz von rund 40 Prozent für machbar und stellen damit ein Versprechen des Kanzlers in Frage. Das Problem, so berichten Mitglieder des vertraulich tagenden Gremiums, ist die geplante Einbeziehung der Gewerbesteuer, auf deren Ertrag keine Kommune verzichten will. Deshalb will die Kommission in ihrem Bericht, den sie am 30. April präsentiert, ein zweistufiges Verfahren vorschlagen. Die Absenkung der Unterneh-

Unternehmensteuern in Deutschland

in Milliarden Mark



mensteuern auf einheitlich 35 Prozent (inklusive Gewerbesteuern) wäre demnach erst ab 2002 (Phase 2) machbar. Das Senken der Steuersätze kostet den Staat in jedem Fall über 20 Milliarden Mark; eine Nettoentlastung hält die Mehrheit der Experten nicht für nötig. Umstritten ist dennoch, ob die Experten dafür auch eine Gegenfinanzierungsliste vorlegen oder ob sie diese heikle Frage der Politik überlassen.

Für den Zeitraum bis zum Jahr 2001 (Phase 1) plant die Bonner Finanz-Kommission derzeit für Kapitalgesellschaften einen Körperschaftssteuersatz von 28 Prozent – egal, ob der Gewinn im Unternehmen verbleibt (derzeit: 40 Prozent) oder ausgeschüttet wird (derzeit: 30 Prozent). Hinzu käme wie bisher die kommunale Gewerbesteuer von durchschnittlich 12 Prozent.